

So weit haben wir es also im 19. Jahrhundert mit all seiner gepriesenen Kultur gebracht! Das ist die Werthschätzung des Menschenlebens in unserer, auf ihre Zivilisation so stolzen Gesellschaft. O, wir haben in der That alle Ursache, uns erhaben zu dünken über die Völker, die aus Unwissenheit ihren Göttern Menschenopfer bringen. Sie sind Barbaren, Wilde, Unmenschen. Aber um einer Marotte willen, eines schönen Schauspiels halber, Hunderte von Menschenleben auf's Spiel

legen, es ruhig mit ansehen, wie um nichts und wieder nichts Hunderte von Menschen theils mit ihrem Leben, theils mit lebenslänglichem Siechtum den frivolen Leichtsinns Anderer bezahlen müssen, es ruhig mit ansehen, wie diese Anderen obendrein mit allen möglichen Ehrenerweisungen belohnt werden — das ist human, das ist aufgeklärt, das ist zivilisiert.

Aber freilich, alles das wäre nicht möglich, wenn sich nicht das Bürgerthum mit dem Militarismus ausgehört hätte, wenn es nicht vor ihm anbetend im Staube läge, in ihm seinen Schutzherrn erblickte. Es duldet die Opfer, die er beansprucht, weil es von ihm Schutz für seinen Geldsack, Schutz für sein ganzes Ausbeutungssystem erwartet. Was kommt es auf die Hand voll Proletariat an, die dem Militarismus jährlich zum Opfer fallen, gegenüber den Tausenden von Proletariatsleichen, welche der Moloch Kapital alljährlich verschlingt? Der eine Abgott stößt den andern.

Sei's drum. Ihre Herrschaft wird deshalb nicht ewig dauern. Es kommt der Tag, da das Volk sie beide durchschaut, wie schon heute Hunderttausende sich von diesen Götzen abgewandt haben. Und wie noch stets in der Geschichte, wird auch dann die bisher geführte Masse mit gewaltiger Faust die Götzen vernichten, hinter deren Trug sie gekommen — die Götzen und ihre Priester.

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 30. September 1885.

Die Eventualität der Aufhebung des Sozialistengesetzes ist von einem Theil der offiziellen Presse zum Gegenstand geheimnisvoller und natürlich bauerntümlicher Ausfährungen gemacht worden. Es ist wahrhaftig, so heißt es, daß die „verbündeten Regierungen“ in der nächsten Session die Verlängerung des, bekanntlich nur bis zum 30. September des künftigen Jahres bewilligten Sozialistengesetzes nicht beantragen würden. Das Sozialistengesetz, — wird zur Motivierung dieser wunderbaren Thatsache mitgetheilt, — das Sozialistengesetz sei wesentlich zu dem Zweck erlassen worden, der Reichsregierung die nöthige Ruhe und Ruhe für die Sozialreform zu verschaffen. Und das schöne Werk (der Sozialreform) sei jetzt glücklicherweise so weit gediehen, daß es nicht mehr verboden werden könne.

Daß nichts daran zu verderben ist, muß freilich zugegeben werden. Wo nichts ist, hat nicht bloß der Kaiser sein Recht, sondern auch der Feind die Möglichkeit des Angriffs verloren. An nichts ist nichts zu verderben.

In welcher Absicht die offizielle Presse jene Ente hat fliegen lassen, das bleibt ununtersucht; ist doch höchst gleichgültig, wer damit genaschelt werden soll.

Amüsant ist, wie die gegnerische Presse sich zu der Ente verhält. Die nationalliberalen Blätter müssen sich nicht; ebensowenig die konservativen. Auch die Fortschrittspresse schweigt. Dagegen hat das pseudodemokratische Sonnenmanns-Organ den betreffenden Replikartikel zu einer Reklame für den Reichstag benutzt. Die Reichsregierung — und das ist richtig — werde niemals frei und gutwillig auf das Sozialistengesetz verzichten; das Sozialistengesetz könne nur und werde durch den Reichstag beseitigt werden.

O du heiliger Sonnenmann! Durch den Reichstag! Durch den Reichstag — das heißt doch, daß eine Majorität im Reichstag beschlossen sein muß, das Sozialistengesetz zu beseitigen, und sollte es auch einen Konflikt mit der Regierung.

Aber wo ist denn diese Majorität? Daß die Konservativen und Nationalliberalen keine prinzipiellen Gegner des Sozialistengesetzes sind, wird die „Frankfurterin“ uns zeigen; und sie wird die politische Heuchelei oder Naivität wohl auch nicht so weit treiben, zu behaupten, das Zentrum, d. h. die Partei des Papstes, der den Sozialismus und die Sozialdemokratie feierlich in Acht und Bann gethan hat, sei prinzipiell gegen das Sozialistengesetz. Es bleibt also — von den 7 Schwaben abgesehen, die nicht zählen — nur die Fortschrittspartei übrig. Nun ist aber die Fortschrittspartei erstens so schwach, daß sie für sich allein, auch mit Hilfe der Sozialdemokraten, keinen Beschluß im Reichstag durchsetzen kann. Und zweitens ist sie — was nicht oft genug hervorgehoben werden kann — diejenige Partei, welcher das Sozialistengesetz die meisten Vortheile gebracht, und welche deshalb an dessen Verlängerung das größte Interesse hat. Wohl dürfen die Herren Fortschrittler sich bei der nächsten Abstimmung halten, einen Theil der Thronen für das Sozialistengesetz stimmen zu lassen, indeß dann bleiben ja die famosen Reformmandirungen, falls es auf die fortschrittlichen Stimmen ankommen würde, was nicht der Fall.

Der Mai des Jahres 1884 ist in frischem Gedächtniß. Wer durch die damaligen Vorgänge nicht von den letzten Illusionen in Bezug auf die gegnerischen Parteien gelöst ist, der ist unheilbar.

Nein — der Reichstag wird nie und nimmermehr aus eigener Initiative, gegen den Willen der Reichsregierung, das Sozialistengesetz aufheben.

Und nie und nimmermehr wird das Sozialistengesetz frei und gutwillig aufgehoben werden.

Das Sozialistengesetz ist der Regierung, wie allen gegnerischen Parteien, gar zu angenehm und nützlich. Aufgehoben wird das Sozialistengesetz erst werden, wenn es anfängt unseren Feinden unangenehm zu werden, und schlimme Folgen für sie zu haben.

Das haben wir schon hundertmal gesagt.

Nichten wir Sozialdemokraten uns hübsch gemüthlich auf das Sozialistengesetz ein, duden wir uns schmeizeln, reiden wir der Polizei die linke Wange, nachdem sie uns die rechte geschlagen — oh, dann bekommen wir „gemüthliche Zustände“, eine „milde Praxis“, aber das Sozialistengesetz bleibt, und das höhnende Wort des Buben Bismarck ist schimpfliche Wahrheit: „Belagerungszustand und Sozialistengesetz geniren weniger als die Hundesperre.“

Diesen Buben muß klar gemacht werden, daß Belagerungszustand und Sozialistengesetz doch etwas anderes sind als die Hundesperre; und daß das Spielen mit dem Feuer der menschlichen Leidenschaften ein gefährliches Spiel ist. Schon Manches ist geschehen, was den Urhebern, Patronen und Handlangern des Sozialistengesetzes dessen Gefährlichkeit greifbar demonstriert hat — allein das Geschehene ist noch lange nicht genug.

In Chemnitz hat am Montag die Verhandlung gegen unsere der „Geheimbünderei“ angeklagte Genossen begonnen. Den ersten Tag nahm die Feststellung der Personalien und die Berlesung des Anklageakts in Anspruch. Derselbe ist ein wahres Konstrukt staatsanwaltschaftlicher Auslegung. 120 Blätter aus allen möglichen Publikationen sollen das Vorhandensein einer geheimen Organisation im Sinne des Gesetzes bezeugen. Gerade aus dieser Anklage von „Beweisstücken“, von denen eine ganze Anzahl sogar bis auf das Jahr 1879/80 zurückgeht, geht aber am deutlichsten hervor, auf wie schwachen Füßen die Anklage steht. Auch hier heißt es: weniger wäre mehr gewesen.

Einen Abdruck der 108 Seiten starken Anklageschrift verbot sich für uns schon aus technischen Gründen, wir glauben aber auch von einer lebendig auszusprechen Wiedergabe, absehen zu können, da das Wesentliche derselben ja im Bericht genügend erörtert wird. Ueber dieses werden wir in nächster Nummer einen zusammenhängenden Bericht bringen.

Einstweilen weisen wir auf den höchst bezeichnenden Kontrast hin zwischen diesem Prozeß, der sich ja im Grunde um die Frage handelt, wie weit man einer Partei zumuthen kann, sich einem gegen sie gerichteten Ausnahmegezet zu unterwerfen, und dem Verlauf des am letzten

Sonntag in London stattgehabten Protestmeeting, dessen Arrangement eine Zwiderhandlung gegen ein Polizeiverbot war. Wahrscheinlich, wenn die andern Völker darauf warten sollten, bis wir Deutschen ihnen die Freiheit bringen, so müßten sie vor allem — deutsche Geduld besitzen.

„Humor in der Weltgeschichte“ nannten es jüngst die Blätter, als Kaiser Wilhelm in Gastein mit dem von Preußen fleckbrieflich verfolgten Fürstbischof von Osnabrück aus einer Schüssel aß. Nun, wenn das Humor war, dann ist jetzt auf den Humor die Bosse gefolgt. Die deutsche Reichsregierung, das heißt, die preussisch-protestantische Spitze des deutschen Reichs hat den Papst Leo XIII. als Schiedsrichter zwischen Deutschland und Spanien in der Karolinenafrage anerkannt. Man denke, den Papst in Rom, den „Antichrist“ Luther, den Vertreter des aller Protestantismus verfluchenden Epiläus, den Hort der Ultramontanen Deutschlands, der ihnen erst jüngst zum Katholikentag in Münster seinen Segen sandte und sie zum Auskathar im Kampf für die Rechte der Kirche, d. h. für die Herrschaft der Kirche aufforderte! Das ist in der That der Gipfel aller weltgeschichtlichen Komik, eine Satire, wie sie der beste Satiriker nicht schärfer hätte erdichten können. Dahin ist es also mit dem so hochtrabend eingeleiteten Kulturkampf gekommen! Das mächtige deutsche Reich, das den Papst und seine Ansprüche auf die kirchenpolitische Geseßgebung so lange bekämpft hat und bekämpfen mußte, dieses deutsche Reich versteht eben denselben Papst jetzt in die Lage, eine politische Rolle zu spielen, die sein Ansehen und damit seine Macht ganz erheblich stärken muß. In der That, das übertrifft Alles, was die größten Gegner des Kulturkampfes vorausgesehen. Daß der Kampf zwischen dem himmlischen Jurist und dem irdischen Jurist mit einem Fiasko enden werde, konnte jeder vernünftige Mensch voraussehen, daß der Jurist sich aber in jetzt so jämmerlicher Weise vor dem Jurist demüthigt, das ist nur dadurch möglich, daß an der Spitze dieses Jurist ein unfehlbarer Staatsmann und ein 88-jähriger Schlatterer sich befinden.

Ueberaus charakteristisch ist das Gebahren der deutschen Presse zu diesem neuesten Stücklein Bismarckscher Staatskunst. Die Organe der protestantischen Orthodorie sind zum Theil ganz sprachlos, zum Theil geben sie, wie der konservativ „Reichsbote“, ihrer Entrüstung verzweifelter Ausdruck. Nach dem Zustritt, den die „Norddeutsche“ aus Währungsgründen dieser Tage dem evangelischen Vorgesetzten des Reichs gegeben, ist dem Organ Stüdens der dem Oberhaupt der Katholiken zu Theil gewordene Fajfall aber doppelt schmerzhaft. Die eigentlichen Kulturkampfsorgane aber, die natürlich von dem Schritt nicht minder betroffen sind, als der „Reichsbote“, zeigen ihren Verdruss weniger offen als dieser. Sie verdecken ihren Kummer hinter der bloßen „Vernehmung“, daß die Annahme des Papstes ein „überaus feiner Schachzug Bismarcks“ ist. Die „Freiheit“ soll nämlich darin bestehen, daß der Papst sich nun entweder in eine schiefe Lage zu den spanischen oder zu den deutschen Ultramontanen setzen muß. Als ob sich die deutschen Ultramontanen aus den Karolinen etwas machen. Und als ob, wie der Schiedspruch des Papstes auch aufgenommen werden müßte, die Thatsache, daß der Papst in einer rein politischen Angelegenheit als Schiedsrichter zwischen zwei europäischen Staaten fungiert, nicht auf jeden Fall bestehen bliebe.

Nein, die Diplomatie, die Deutschland auf oder richtiger, unter den Papst bringt, hat sich damit unsterblich blamirt. Und daß es die famose Kolonialpolitik, richtiger Kolonialmanie, war, wegen der die Blamage erfolgte, dürfte gar manchem ihrer Bewunderer die Augen öffnen.

Die Bedeutung des Normalarbeitstags und der Arbeiterschutzgesetze für die endgültige Emanzipation des Proletariats wurde von Genosse Liebknecht jüngst in einigen Versammlungen sehr eingehend erörtert. Man schreibt uns darüber:

Bremen, den 19. September. Am Dienstag hielt Genosse Liebknecht hier einen Vortrag über „Sonntagsruhe und Arbeiterschutzgesetze“, nachdem er Tags zuvor in Wilhelmshafen über „die Presse der verschiedenen Parteien und über das Arbeiterschutzgesetz“ gesprochen hatte. Beide Versammlungen waren sehr zahlreich besucht und verliefen ausgezeichnet. Die Ausführungen des Redners, welche durchweg die Billigung der Zuhörer hatten, richteten sich unter Anderem gegen die Ueberzeugung des Normalarbeitstags, wie sie neuerdings in verschiedenen Kreisen zu Tage tritt. Die Bedeutung des Normalarbeitstags besteht darin, daß er die Arbeiterklasse körperlich stärkt, moralisch hebt und ihr Gelegenheit zu ihrer geistigen Ausbildung gebe. Klein, so hoch dies auch zu veranschlagen sei, so liege darin doch noch lange nicht die Lösung der sozialen Frage. Das Proletariat werde nur, indem es kampffähiger gemacht werde, zur Lösung der sozialen Frage, zur Durchführung seiner Emanzipation besser vorbereitet. Das Beispiel der Länder, in welchen der Normalarbeitstag herrsche, zeige aufs Klarste, daß der Normalarbeitstag weder die Beschäftigungslosigkeit zahlreicher Arbeiter, noch die Krisen beseitigen könne, wenn auch entschieden in Bezug auf Stetigkeit und Dauer der Beschäftigung eine Besserung geschaffen worden.

Als die wichtigste Errungenschaft der letzten Reichstagsession bezeichne Liebknecht die Lehre, daß die Arbeiter in ihrem Emanzipationskampf weder auf die Unterstützung der Regierungen, noch auf die Zerstörung einer politischen Partei rechnen könnten, sondern ausschließlich auf ihre eigene Kraft angewiesen seien. Durch die bekannten manchesterlichen Aeußerungen des Reichskanzlers in Betreff der Sonntagsarbeit und durch die Art und Weise, wie man die Sonntagsarbeits-Enquete inszeniert habe, sei der Beweis geliefert worden, daß Fürst Bismarck nicht einmal das dürftige Bischen Sozialreform, für welches er sich früher erklärt und die Person des Kaisers engagiert habe, mit den Interessen des Klassenstaates, dessen Vertreter er sei, für vereinbar halte. Wer die Sozialreform ernsthaft wolle, müsse die Vernichtung des Klassenstaates wollen. Fürst Bismarck aber wolle nur die Stärkung des Klassenstaates, die Befestigung der Herrschaft des mobilen und im mobilen Kapitals. Der Anwalt des armen Mannes habe sich als Jüchter von Millionen entpuppt. Die Sozialreform müsse gegen ihn erkämpft werden, gegen ihn und gegen alle übrigen Parteien. Das Beispiel Englands zeige uns, wie schwer der Kampf ist; das Beispiel Englands zeige uns aber auch, daß es in der That des Volks liegt, den Sieg zu erringen. Zeigen wir unsere Ideen in immer weitere Kreise, verbreitern und vertiefen wir unsere Bewegung, verlassen wir uns auf Niemand, als auf uns selbst und wir werden zum Ziel gelangen. In dem Dänen der deutschen Arbeiter ruht das Schicksal des Arbeiterschutzgesetzes, ruht ihr eigenes Schicksal. Erhalten wir nicht im Kampf. Gegen wir keine Illusionen und wir werden keine Täuschung erleben, drängen wir unablässig vorwärts, des guten englischen Wortes eingedenk: perseverance wins the day — Ausdauer gewinnt die Schlacht.

Kaiser- und Königsparole. Vor sieben Jahren schlossen die Regierungen Europas, darunter auch „die drei Kaiser“, den Berliner Vertrag, welcher die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel „ordnete“, unter andern der Türkei Rumelien zusprach, und von den „hohen“ Kontrahenten feierlich beschworen ward. Jetzt hat der Fürst von Bulgarien durch einen einfachen Akt des Raubes Rumelien in seine Tasche gesteckt, und die Spaken pfeifen von den Dächern, daß er im Auftrag der Kaiser von Rußland und Oesterreich, und aller Wahrscheinlichkeit nach auch desjenigen von Deutschland gehandelt hat. Wo bleibt da das Kaiserwort, an dem, gleich einem Königswort, „man nicht denken soll“, wie die famose Hohenollerparaphrase lautet? Die „hohen“ Herren dürfen sich natürlich nicht wundern, wenn die Völker von den Kaiser- und Königsparolen und den Kaiser- und Königsparolen keine höhere Meinung haben als die Kaiser und Könige selber.

Beamtenproletariat. Der schlimmste Ausbeuter in der Ausbeuterklasse ist und bleibt doch ihr offizieller Repräsentant: der Staat, und was mit ihm zusammenhängt. So schamlos wagt selbst der unverschämteste Bourgeois nicht, die ihm unterstellten Arbeiter auszuspreizen, als es die Staats- und von Staatswegen eingerichteten Anstalten mit ihren Lohnslaven thun, wahrhaftig als Ergänzung dafür, daß sich dieselben „Beamte“ nennen dürfen. Man lese z. B. folgende,

und aus unserem Leserkreise zum „niedriger Hängen“ eingesandte Bekanntmachung:

Bei der hiesigen Polizeiverwaltung sind drei Stellen für Kanzlei-Hilfsarbeiter zu belegen. Reflektanten, welche den Anforderungen des Reglements vom 23. Juni cr. entsprechen, namentlich mindestens den Unterrichtsfach einer Elementarschule mit gutem Erfolge absolviert haben, über 16 Jahre alt, 1,60 m. groß und geistig gesund und im Besitz einer gelbesigen, deutschen und anprechenden Handschrift sind, werden zur Bewerbung bis spätestens den 15. d. Mts. mit den Bemerkungen aufgefordert, daß die anzunehmenden Hilfsarbeiter mindestens ein Jahr lang unentgeltlich zu arbeiten haben, nach Ablauf dieses Zeitraumes aber bei befriedigenden Leistungen und tadelloser Führung eine Vergütung erhalten, die anfangs monatlich 15 Mk. beträgt, mit jedem weiteren Jahre aber um monatlich 5 Mk. bis zur Höhe von 60 Mk. steigt. Den direkt an die Polizeiverwaltung zu richtenden Bewerbungsgesuchen ist das Schulabgangszeugniß, sowie ein selbstgeschriebener Lebenslauf beizufügen.

Halle a/S., den 7. September 1885.

Der Magistrat. Man greift sich unwillkürlich nach dem Kopf, wenn man das ist so etwas erhört. Schämt sich der ehrenwerthe Magistrat der reichsten Stadt Halle gar nicht, solche hundemäßige Bezahlung öffentlich auszusprechen? O, nicht im Geringsten, weiß er doch, daß es selbst bei solchen Bedingungen heutzutage an Bewerbern nicht fehlen wird. Welche Bezahlung unserer Zustände liegt in dieser Thatsache!

Mindestens ein Jahr unentgeltlich arbeiten, und dann, „bei tadelloser Führung“, 15, sage fünfzehn Mark monatlich, das heißt fünf Pfennige pro Tag. Dann von Jahr zu Jahr 5 Mk. pro Monat, d. h. 15¹/₂ Pfennige pro Tag mehr, bis nach zehnjähriger angestrengter Thätigkeit und Uebung im Rückenkrümmen das Non plus ultra erreicht ist: 60 Mark monatlich, zwei Mark täglich!

Körperlich und geistig gesund und müssen die Bewerber sein, sollen sie Gnade vor den Augen der Ausbeuter finden. Wir glauben es. Man muß in der That einen sehr großen Fonds von Gesundheit mitbringen, um bei solcher Bezahlung nicht bald zu Grunde zu gehen.

Und nun vergleiche man mit dieser Bezahlung die Gehälter, welche die Herren Oberbeamten beziehen, die Pensionen, welche man ihnen bewilligt, wenn sie sich in den Ruhestand begeben, und dann sage man noch, wie leben nicht in einer vortreflich eingerichteten Welt, dann bestreite man noch, daß Preußen der Ruhestaat ist, berufen, den anderen Staaten zu zeigen, wie man die Hydra, genannt soziale Frage, am besten und am einfachsten löst!

Es ist etwas herrliches um den preussischen Staat und seinen Staatssozialismus.

Immer moralisch. Die Religion muß dem Volke erhalten werden. Deshalb wird auch in dem gottessüchtigen deutschen Reich für die Erhaltung der durch Sakrament geheiligten Ehe Seitens der Behörden von Rechts wegen Sorge getragen. Jeder höhere Beamte, der die Frau seines Untergebenen verführt — wir wollen nicht sagen verführt — wird, wie männiglich bekannt, aufs Strengste bestraft; es aber gar ein Prinz, der sich in den Weinberg seines Rächters vertritt, so wird er — vgl. Prinz Karl, Friedrich Karl, Wilhelm, Leopold etc. — ohne Gnade und Barmherzigkeit in das Zuchthaus gesperrt. Die konsequente Befolgung dieses ergebenden Systems seitens der von Gott eingesetzten Obrigkeit ist unseren Lesern durchaus nicht Neues, sie können es daher auch weder hart noch bestreblich, sondern im Gegentheil mit Logik finden, wenn die Hüter der wahren Sittlichkeit zum besseren Schutze derselben sich nicht bloß mit der rücksichtslosesten Abhandlung des eigenen Ehebruchs begnügen. Soll die Ehe in allen Schichten der Bevölkerung zu dem musterhaftesten und untadeligsten Institut sich entwickeln wie es sich uns in den höheren und höchsten Gesellschaftskreisen, besonders aber bei Hofe selbst — vgl. Prinz Karl, Friedrich Karl, Wilhelm, Leopold etc. — präsentirt, — so muß auch der gesellschaftliche Verkehr zwischen Unverheiratheten mit dem allerhöchsten Maßel bestraft werden. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß derjenige, welcher einmal nach dieser Richtung gesündigt hat, nur dann auf Wiederherstellung seines guten Rufes Anspruch erheben darf, wenn er von ihm bezagungen Fehler erkennend, das Räddem, das er verführt hat, verleugnet und verführt — vgl. Prinz Karl, Friedrich Karl, Wilhelm, Leopold etc. etc.

Denn wer da etwa an einer so leichtsinnigen Person fortgesetzt schmachtet oder mit ihrer traurigen Lage dergestalt Mitleid faßt, daß er sie zu seiner gesellschaftlichen und rechtlichen Frau macht, der sündigt mit gewissermaßen die stattgefundene Verletzung der göttlichen Moral und hat es sich daher nur selbst zuzuschreiben, wenn er vor den Augen eines preussischen Landraths oder Regierungspräsidenten Pustkammer'sch Schule nicht als ein Mensch von „untadelhaften Sitten“ erscheint. Illustration diene nachfolgende, preussischen Blättern entnommene Anekdote.

Für Schulgen stellt das Allgemeine Landrecht (Theil II, Titel 7, § 51) das Erforderniß auf, daß sie „von untadelhaften Sitten“ sein sollen. Gestützt auf diese Vorschrift sucht der Landrath eines Kreises im Regierungsbezirk Gumbinnen (Ostpreußen) einen Beschluß des Kreisaußschusses fassend an, durch welchen der Wahl des Kreisraths die Befähigung erteilt war. Es wurde behauptet, daß der Kreisaußschuß geforderte Qualifikation zur Befähigung des Gemeinderatsvorsprechers fehle. Die Ehefrau des B. war früher Kellnerin... (es folgen Angaben über das Leben der verheiratheten B. und ihren Mannes vor ihrer Ehe). Der Kreisaußschuß dagegen weist darauf hin, daß B., indem er die Kellnerin seines unehelichen Kindes geheiratet, ehrenhaft gehandelt, und daß er gleich seiner Ehefrau, seit der Eheschließung, also seit 18 Jahren, völlig makellos lebe und in allgemeiner Achtung stehe. Auch das Bezirksverwaltungsgericht in Gumbinnen erkannte auf Abweisung der Klage. Gegen diese Entscheidung legte nur der Landrath, sondern auch der Regierungspräsident Berufung ein. Das Oberverwaltungsgericht erkannte jedoch auf Befähigung der Borentscheidung, weil nur dann (1) einer Gesetzesverletzung die Rede sein könnte, wenn der § 51 cit. das aufzulösen wäre, daß Niemand Schulze sein könnte, der sich jemals in seinem Leben mit irgend einem sittlichen Makel befaßt habe. Wollte der Regierungspräsident diesen Grund mit den Worten der Berufungsschrift aufstellen, von einer grübelnden Beförderung sei im Gesetz nirgends die Rede, so wäre dem doch nicht beizupflichten. Nichts deutet darauf hin, daß der § 51 cit. im Widerspruch mit den allgemeinen Normen der Befähigung öffentlicher Beamter grade für das Schulgenamt jede Befähigung ausschließe. Wie der § 51 vielmehr das freie, sachgemäße Urtheil der Wählenden und der Kommunalaußschüsse in der Befähigung der Schwere und Bedeutung sittlicher Befähigungen für die Befähigung der Schulgenämter Qualifikation wahren läßt, so auch der Frage nach der Sühne früherer sittlicher Verstöße, nach der Wiederlangung bürgerlicher Ehrbarkeit und allgemeiner Achtung durch strengen tadellosen Wandel.

Daß das Oberverwaltungsgericht ein so geringes Verständnis für die wahren Bedürfnisse des Volkes resp. für die amtlichen und daher von Gott gebotenen Aufschauungen über Sittlichkeit gezeigt, ist nur zu dauern, und wir fühlen uns in unserer Trauer völlig eins mit Ex. v. Pustkammer, der bei der Lektüre des betreffenden Entscheides sich folgende Gedanken:

Es war so schön gewesen, es hat nicht sollen sein.

Deutschlands Ordnungsfürzen. Aus Leipzig schreibt man uns:

Drei „ehrbare“ Väter des Belagerungszustands. Nicht unerhebliches Küssen und Erregtheit herrscht gegenwärtig hiesiger Einwohnerschaft über das plötzliche Verschwinden dreier Polizisten des Polizeiamts Leipzig.

Der erstere, Schumann Streine, der unter dem Schutze der Polizeileutnants Knobloch jahrelang Betrügereien aller Art ungestraft hatte ausführen können, wurde, nachdem es Knobloch einem Unterschlagungsfall nicht hatte verhindern können, daß er in Untersuchung geriet und auf Antrag der Staatsanwaltschaft Leipzig zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt wurde, kurz vor Austritt seiner Strafe vom Polizeiamt Leipzig aus dem Grunde, unter Zurücklassung seiner Familie, unsichtbar gemacht und nach Amerika spedirt, weil er Knobloch ein allzuflüchtiger Zeuge dessen sauberer Wägen gewesen war.

und, ihm 20 Mark auf einige Tage zu leihen, was wir leider auch ge-
than. Wie wir nachträglich in Erfahrung gebracht haben, hat er den-
selben Tag noch das Meiste gesucht, und hat nicht nur uns, sondern auch
die Inhaber der Geschäfte, sowie Freunde und einige Genossen in
Lautenstirn gepöbelt; dieselben schweigen aber größtentheils lieber.
Ferner hat er, wie man uns mittheilt, in Hamburg den Verwandten
eines hiesigen Genossen, der daselbst Restaurateur ist, um 70 Mark ge-
preit. Wir schließen hieraus, daß der Schurke nach Amerika oder Eng-
land ausgewandert ist, und halten es für unsere Pflicht, die dortigen
Genossen umgehend zu benachrichtigen.

Elberfeld, 22. Sept. Es sind eine Reihe von Jahren verfloßen,
seit der verstorbene Genosse Brade seine Streitschrift „Die Verzeihung
im liberalen Lager“ schrieb. Aber anders ist es noch nicht geworden,
und was in jener Schrift steht, trifft noch heute zu. Es ist förmlich
das Charakteristikum des geistigen Liberalismus, daß er alles ver-
sucht, aber immer auf halbem Wege stehen bleibt. Oft wenn ein solches
neues Meteor aufsteht, kommt man in Versuchung und fragt sich: Ist
der nun Freund oder Feind?

Seit dem Austritten von Schaffke, Samter u. f. w. gehört es bei
vielen zum guten Ton, in Sozialismus zu machen. So auch selbstver-
ständlich bei der neuen Partei der „sozialen Demokratie“, wie sich die
Zentrum-Philippspartei in ihrem rheinischen Organ nennt. Der Redak-
teur der „Rheinisch-Westfälischen Blätter“, ist ein Herr Wille, der von
Düsseldorf nach hier überfiele, um hier das große Wort zu führen.

Man muß staunen, wie diese Herren es verstehen, den Mund voll zu
nehmen. Die Vereine, die auf dem Standpunkt der Demokratie stehen,
zählten im Wuppertal 300 eingeschriebene Mitglieder. Selbstverständ-
lich mußte nun in die Öffentlichkeit getreten werden, und so hatten wir
dann das Vergnügen, daß am Sonntag den 30. August, Vormittags
11 Uhr eine öffentliche Versammlung hier stattfand, in der der Redak-
teur Wille über die „Demokratie und die soziale Frage“ einen Vor-
trag hielt.

Wir würden diese Versammlung gar nicht erwähnen, wenn dieselbe
nicht auch außerhalb des Wuppertales Aufsehen erregt hätte, und wenn
nicht nach der Niederlage, die die Herren von der Demokratie erlitten,
dieselben nachträglich Erklärungen aufstülpten, die wir nicht ohne Wei-
teres durchgehen lassen dürfen.

Daß das Bureau vollständig in unsere Hände gelangt, war selbstver-
ständlich. Herr Wille hielt nun einen längeren Vortrag, in dem er
die verschiedenen Parteien gehörig mitnahm. Selbst Eugen Richter
mußte sich die größten Liebenswürdigkeiten lassen. Von solchen
Leuten könne man eine Lösung der sozialen Frage nicht erwarten. Es
müsse sich alle demokratischen Elemente zusammenschließen, dies würde
ja bald der Fall sein, da ein Parteitag in Hamburg stattfinden werde.

Die Lösung bestehe nun darin: Der Grund und Boden müsse der
Gesamtheit wieder zurückgegeben werden, aber — und hier kommt
der Unterschied von dem Programm der Sozialdemokratie — aber die
Produktionsmittel nicht; diese müssen Privatbesitz bleiben. Er (Redner)
sei der Ansicht, daß sonst die wirtschaftliche Triebkraft fehle. Es müsse
aber ein Sporn sein, der das Individuum treibe, etwas zu schaffen.
(Damit die Ausbeutung ja nicht aufhöre.) Dies seien jedoch Fragen,
die in weiter Ferne liegen.

Nach Wille erhielt dann das Wort. Derselbe betonte mit Recht,
daß Wille nur all zu wenig über die Lösung der sozialen Frage gesagt.
Daß es gerade die Hauptfrage sei, die Produktionsmittel der
Gesamtheit zu übergeben. Herr Wille habe in seinem Vortrage die
Sozialdemokraten geschrieben, daß die Endziele der Sozialdemokratie
gleichbedeutend seien mit einem Justizhaus, das charakterisiere seine
Denkweise.

Nachdem noch unterseits Dastig, Hüttenberger, Pollander gesprochen,
und ein Dr. Rüger eine derartige Gefeilschaft aufgestellt hatte, daß
er es schließlich vorzog, unter schallendem Gelächter der Versammlung
von der Tribüne abzutreten, versuchte Wille, um der Debatte die Spitze
abzubrechen, darzutun, er spreche nur seine eigenen Ansichten aus, er könne
doch nichts dazu, wenn Zentrum und Konfession seine Ansichten nicht
theilten.

Die Demokraten hatten eine Resolution eingereicht, und auch von uns
war eine solche eingeleitet, unterzeichnet von Neumann und Köhler.
Zu der unferigen erhielt Neumann das Wort und führte ungefähr fol-
gendes aus: Wer dieser Diskussion aufmerksam gefolgt, dem dränge
sich unwillkürlich die Frage auf: Was soll denn eigentlich jetzt bewirkt
werden? Die Gründung einer neuen Partei. Ist sie nöthig? Nein.
Herr Wille habe versucht, dies der Versammlung darzutun, er, Neu-
mann, erkläre aber feierlichst von dieser Stelle herunter: Versuchen Sie
es nicht, und unsere Wähler fortzuführen. Wir werden ein machbares
Auge haben. Was den Einwand betreffe, was in Zukunft geschehen
könne, nun darüber können wir nicht entscheiden; es genügt, wenn wir
sagen, daß sich aus einem langen historischen Prozeß die Gesellschaft zu
entwickelt, so daß bei einer weiteren Folgerung es ganz klar vor Augen
liegt, daß an Stelle des heutigen wirtschaftlichen Systems die gesell-
schaftliche Arbeit trete, und daß auch die Produktionsmittel der Gesam-
theit übermittle werden müssen. Daß aber die Sozialdemokratie keines-
wegs nur eine Partei sei, die dieses Zukunftsprogramm erstrebe, son-
dern daß sie auch Forderungen an die Gegenwart stelle, das be-
weise das Arbeitergesetz. Ferner habe man sich viel zu
sehr auf das Bürgerthum gestützt, dieses sei aber nicht maßgebend,
die Spielbürger seien immer ein Hinderniß gewesen. Da werde sich
wohl das Wort Lange's bewahrheiten, um mit Laßalle zu reden, daß
den Arbeitern die Befreiungsmittel zufällt. Aus diesem Grunde haben
wir eine eigene Resolution eingebracht, wir sind auch nicht gewillt, eine
andere anzunehmen.

Wenn einer oder der andere Sozialist sage, ich denke mir die Zukunft
so oder so, dann spreche er nur seine persönliche Ansicht aus; die mo-
derne Sozialdemokratie sei längst über die Ideen eines Cabot und
Thomas Morus hinaus. Und daran werden wir festhalten, und
muthig und unentwegt den Emancipationskampf der Arbeiter führen.

Nachdem noch Hüttenberger gesprochen und den auf das Recht der
Stimmen hinweisenden Einwand des Dr. Rüger entkräftigt hatte, erhielt
Wille das Schlusswort und hat seine Resolution angenommen. Es er-
hoben sich aber nur sechs Stimmen für dieselbe, während die erdrückende
Mehrheit der gut besuchten Versammlung für unsere Resolution stimmte.

Damit wäre nun die Sache erledigt gewesen. Aber die Herren Wille
und Genossen konnten ihre Niederlage — und die gesammte Presse war
darüber einig, daß „die neue Partei“ eine Schlappe erlitten — nicht
überwinden. So erzählten sie denn ihren Lesern, es habe eine Verein-
barung mit den Führern der Sozialdemokratie bestanden, wonach ein
Demokrat den Vorschlag hätte führen sollen. Die sieben Redner, welche
von uns ins Treffen geführt wurden, hätten nur das hohe Lied der
Unheilbarkeit der Sozialdemokratie gesungen.

In einer Entgegnung hat uns in den hiesigen „Neuesten Nachrichten“
wurde ihnen aber so heimgeleuchtet, daß sie die Erwiderung vergaßen.
Bedeutend ist, daß die übrigen Demokraten betonten, Herr Wille habe
seine eigene Ansicht ausgesprochen! Was soll man zu solchen Leuten
sagen? Ihr Redakteur war ihnen wohl noch zu radikal? Fort mit
diesen Halben, es gibt nur eine Demokratie, und das ist die
„Sozialdemokratie.“

Plauen im Voigtland. Die Landtagswahlkämpfe in unserm Wahl-
kreis ist geschlossen, und mit stolzer Genugthuung können wir auf das
Resultat unserer Thätigkeit zurückschauen, denn seit 1879, wo zum ersten
Male ein Kandidat von uns aufgestellt wurde, ist unsere Stimmenzahl
von 17 auf 600 gestiegen!

Als unsere Gegner erfuhren, daß wir uns an der Wahl zu betheiligen
beabsichtigen, sahen ihnen ein panischer Schrecken in die Knochen, und ob-
gleich sie sich bei der letzten Reichstagswahl aufs gemeinste bekämpft
hatten, nahmen sie ihre Zukunft jetzt zum Kompromiß; im Ru stand
uns der ganze Ordnungsbüro als eine geschlossene reaktionäre Masse gegen-
über. Die Zeitungen jammernten schon im Voraus, daß 1000 sozialistische
Stimmen sicher seien, was wir, in Anbetracht des Jenseus, nicht glaubten;
trotzdem ließen wir den Muth jedoch nicht sinken und agitierten nach
besten Kräften.

Am 12. September sprach unser Kandidat Genosse Raden in Rühl-
troff, am 13. in Pausa, am 14. in Plauen. Die Versammlung
in Plauen war geradezu großartig zu nennen; in zweistündiger Rede,
von langanhaltenden Beifallsbezeugungen oft unterbrochen, entwickelte
Raden sein Programm, gestützt auf unser Gothaer Parteiprogramm.
Die Versammlung war von mindestens 2000 Personen besucht; wenn

nur die Hälfte der Anwesenden wahlrechtlich gewesen wäre, so hätte
der Sieg unser sein müssen.

Am Morgen des 15. September begann schon zeitig der Kampf auf
beiden Seiten, und zwar so hartnäckig, wie Plauen noch keinen gesehen
hatte. Es war die erste Schlacht, in der die vielbewehrten Plauer Arbeiter
gegen die gesamte Reaktion kämpften, und hätten wir mit gleichen
Kräften kämpfen können, so wäre der Sieg unser gewesen. Waren nur alle
Arbeiter so geschlossen zur Wahl gegangen wie unsere Gegner. Leider
war dies nicht der Fall. Erstens hat der Jenseus schon so manchen
tapfern Genossen seines Wahlrechtes beraubt, zweitens hat ein großer
Theil der Arbeiter für ihren natürlichen Gegner gestimmt, und drittens
hat ein großer Theil gar nicht gewählt. Es waren dies hauptsächlich
die Sticker, auf die wir ganz besonders gerechnet hatten, weil alle
wahlberechtigt waren.

Am Wahltag hatten die Gegner ein ganzes Heer von Schuppleuten,
Nachwächern und sonstigen Ordnungshausknechten organisiert, welche
ihnen die Wähler zutreiben mußten; schändlich wurden die Listen revidirt
und diejenigen, die noch nicht gewählt hatten, herangezogen.

Viele unserer Genossen hatten ebenfalls sich unserm Komitee zur Ver-
fügung gestellt und auch ihr Möglichstes gethan, es ist nicht ihre Schuld,
wenn wir diesmal unterlegen sind. Wenn aber unsere Genossen die
nächsten sechs Jahre so weiter arbeiten und abermals weitere 600 neue
Stimmen erobern, dann wird und muß der Sieg unser sein. — r-r.

Aus der Niederlausitz. Die Genossen werden vielleicht glauben,
daß wir in der Niederlausitz unthätig sind, dem ist aber nicht so. Haben
wir auch nicht oft Gelegenheit genommen, das Parteiorgan mit längeren
Ausführungen zu bedenken, so haben wir es dennoch nicht an einer em-
siglichen Thätigkeit zur Ausbreitung der Partei fehlen lassen.

Das Agitationsnetz der Niederlausitz, ist trotz den edlen Bestrebungen
der sich ungesiegtartig vermehrenden Organe der Stieberer, nun voll-
ständig vollendet; nicht nur daß die Genossen der größeren Städte
wie Cottbus, Guben, Forst, Spremberg, Sorau und Sommerfeld, in
denen die Agitation schon seit Jahren zu Hause ist, in engem Verkehr stehen,
sondern auch die kleineren Städte, ja sogar die Landdistrikte, sind
erfolgreich in die Agitation gezogen und liefern uns thatkräftige Genossen.
Mit den Erfolgen steigt natürlich auch die Verfolgung; Haus-
suchung über Haussuchung, Nachregelung über Nachregelung finden in
fast allen Orten statt, natürlich überall mit dem gleichen Erfolg; ge-
funden wird nichts, und den Opfermuth der Genossen vermögen die
Nachregelungen nicht zu lähmen.

Wenn irgendwo, so kommt hier das brutale Militärregiment des
Hohenollerthums in der edelsten Weise zur Ausübung. Wie
sollten auch die Ordnungshausknechte sozialistisches Bewusstsein haben,
um zu fühlen, daß die Schugelheiten, verübt im Namen des Gesetzes,
ganz das Gegentheil von dem erzielen, was sie bezwecken sollten?

Nicht die Brutalitäten und die sonstigen Liebenswürdigkeiten der hie-
sigen Nachhaher hemmen uns in unserer Thätigkeit, wohl aber ist die
fürchterliche Noth, welche herrscht, uns bei der Ausbreitung unserer Ideen
im höchsten Grade hinderlich: die Noth und der Hunger!

Denn zum Beispiel das arme Proletariat wird mit dem grauenben
Tage gemeinsam mit dem Mann in die modernen industriellen Bastillen
hineingesperrt wird, die armen kleinen Kinder in einer Kiste mit sich
fortschleppen, oder aber sie unbesüßigt in der eingeschlossenen Woh-
nung zurücklassen muß — was Wunder, wenn dann alle Hoffnung
schwindet und die Lust zum Leben einem stumpfen Vegetiren Platz macht?

Es ist ein hartes und schmerzliches Stück Arbeit, dem so niedergebundenen
und schwer bedrückten Arbeiter die Ueberzeugung beizubringen, daß die
Schandwirtschaft der heutigen Zeit durch ihre Kraft vernichtet
werden kann.

Trotz aller dieser Hindernisse können wir auf viele verheißene Fortschritte
hinweisen; bei der letzten Reichstagswahl erhielten wir das Doppelte
der Anzahl von Stimmen, die wir das letzte Mal zu verzeichnen hatten.
Die Hoffnung hängt an, sich neu zu bedenken, das Vertrauen in unsere
gerechte Sache wächst, und in Kreisen, wo wir früher scheitern
wurden, werden wir jetzt freundlich aufgenommen. So sehen wir der
Zukunft getrost entgegen.

Das Parteiorgan verbreitet sich immer mehr. Es ist in den hiesigen
Arbeiterfamilien ein lieber und gern gelesener Bote und unterstützt uns
bei unserer Agitation; freilich ist es für uns nicht angenehm, konstatieren
zu müssen, daß in den verschiedenen Vertrauensmänner-Versammlungen
einstimmig der Wunsch geäußert wurde, daß unser Organ wieder eine
etwas derbere und schneidigere Sprache, wie es dieselbe anfangs
führte, annehmen möge!

Es genügt uns nicht, daß man diesen Nichtswürdigkeiten gegenüber
eine Sprache führt, die als viel zu gelind bezeichnet werden muß. Geisse-
man die Schandthaten der Reaktion in der bersten und bittersten Weise
und schone man Niemand, dann wird auch unser Organ noch mehr
Freunde gewinnen!

Wir sind für alle Fälle gerüstet, und wenn uns unser Prinzip zu
irgend einer Thätigkeit ruft, so wird man nicht umsonst an die Nieder-
lausitzer Genossen appellirt haben.

Die Nothen aus der Niederlausitz.

Rein Weib, mein Kind!

Raum bricht im Ost der Morgen an,
Eil' ich zur Arbeit frohbeglückt,
Die meinem Heim die Sorg' entrückt.
Doch laß' zuvor ich noch geschwind
Rein Weib, mein Kind.

Durch Fleiß und Kraft halt ich die Noth
Von meinem Heiligthum fern;
Rang' ungeschied' ertrag' ich gern,
Wenn Abends froh ich wiederfind'
Rein Weib, mein Kind.

Doch plötzlich heßen sie mich geh'n:
Weil Blitz und Dampf nun wirkt und schafft,
Ward überflüssig Menschentrost.
Nun schied' mich fort in Schnee und Wind
Mit Weib und Kind.

Nun poche ich an jeder Thür:
Gebarmet Euch doch meiner Noth,
O gebt mir Arbeit, gebt mir Brod;
Und eine heiße Thräne rinnt
Für Weib und Kind.

Mit rohen Worten überall
Racht man zum Vorwurf: mir mein Weib
Und lobt und preist „die große Zeit“;
Für all mein Unglück sind sie blind.
Rein Weib, mein Kind!

O „große Zeit“, was bringst du mir?
Statt Arbeit Dörgeleid und Qual,
Den Wanderstab, das Hospitäl!
Was gibst du, wenn sie hungrig sind,
Dem Weib, dem Kind?

Die Sünde grüßt mich lachend an,
Deut sie allein denn Rettung noch
Aus aller Noth, aus diesem Joch?
D' laßt ich Arbeit doch geschwind —
Rein Weib, mein Kind!

H. A.

Anruf!

Der Schriftsteller Ernst Louis Klermann ist im Jahre 1864
von Leipzig nach Riga ausgewandert und hat seine Ange-
hörigen seither ohne jede Nachricht gelassen. Sollte derselbe noch am
Leben und sein Aufenthaltsort bekannt sein, so sind Nachrichten über
dessen Verbleib dringend an uns zu erbeten.

Nikolaus Siegel, Waler, in Jürich wird gleichfalls ersucht,
uns seine Adresse mitzutheilen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat.“

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die Genossen, und namentlich die sozialistischen Orga-
nisationen im In- und Auslande, für den Fall, daß Mitglieder oder Ge-
nossen nach Antwerpen zu kommen beabsichtigen, dieselben an A. Re-
steen, Reijerlei 197, zu weilen.

Gründe besonderer Art veranlassen uns, die Sektionen und Gruppen
davor zu warnen, irgend etwas, was die Partei angeht, noch an El
Coenen zu adressiren. Derselbe ist längst aus der Partei aus-
geschlossen.

Die parteigenössigen Blätter werden ersucht, von dieser Mittheilung
Notiz zu nehmen.

Antwerpen, den 20. September 1885.

Die Antwerpener Sozialisten.

An unsere Korrespondenten.

Wir bitten in jedem Brief u. f. w. Reis deutlich anzugeben, nach
Brieft, Sendungen u. f. w. bis zu Abgang eingetroffen waren.
Bei Adressänderungen, Adressänderungen und dergleichen ist unbedingt
Befolgung zu treffen, etwa Laufenden in sichere Hand zu
leiten. Alle Adressänderungen bitten wir in Deutsch- und
Lateinschrift (beide Kontrollen) deutlich zu schreiben.

Dezadressaten oder deren Angehörige sind zur Ablieferung
sofort nach Empfangnahme strengstens anzuhalten.

Expedition des Sozialdemokrat.

Briefkasten

der Redaktion: Weltbürger in Genf: Ihre Zuschrift
kommt für diese Nummer zu spät; wir werden in nächster Nummer auf
sie zurückkommen. Für heute nur so viel, daß unsere Kritik der von
Hilfen u. Intriguen in keiner Weise unser Urtheil über die in Frage
kommenden Volkseinstellungen beeinträchtigt. Oberfranken, Re-
hadt a. d. Harbt, Großenhain: In nächster Nummer. Pl.
Der zweite Bericht: kam zu spät, um noch mit dem ersten vereinigt wer-
den zu können; seine Veröffentlichung erfolgt daher selbständig.

der Expedition: Nr. 681: Nr. 880 Ab. 3. u. 4. Du. erh.
Sch. D. D.: Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. — E. M. Bf.: Nr. 440 Ab.
4. Du. erh. Werden mit Vergnügen sehr rechtzeitig „anfliegen“.
Kotzbart: Nr. 6 — pr. Scht. auf Ihr Sto. erh. — R. E. Sch. G.
Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. — Sturm: Nr. 3 — Ab. 4. Du. pr. Bf.
erh. — S. G. Bf.: Nr. 5 — Ab. 4. Du. u. Scht. erh. — R. E.
Bf.: Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. — v. d. Eder: Nr. 200 — a. G.
Ab. u. Bf. erh. Ab. erh. Bf. Weiteres. — Heinrich: Nr. 36 50 Ab.
3. Du. u. Erschlag. erh. Guldenturs miserabel. — E. L. Rg.: Nr. 440
Ab. 4. Du. erh. „Wofür die 10?“ Fürs halbe Porto der 53. Nummer,
die wir heuer dreieigen müssen. Die Hälfte schenken wir Ihnen noch
Rahmetel u. Schreiberei. — V. Bf.: Dank für Andeutungen. Sie
leicht später. Momentan sind wir nun komplettirt. — Ral: Nr. 108 —
Ab. altes Sto. erh. Hoffen bald möglich auf „Nachkommenschaft“.

Rothe Faust: Nr. 95 — a. G. erh. — August G.: Nr. 32 80 Ab.
4. Du. 85, 1. Du. 86 u. Scht. erh. Bg. Leider nicht so sauber, wie
Sie ihn schilderten. — R. R. Bf.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. — S. P.
Hfde.: Nr. 4 — a. G. Ab. 4. Du. erh. Fehlen noch 40 Bize! —
E. B. Bn.: Nr. 5 60 Ab. 4. Du. f. Vater Blad. erh. — S. u. St.
Paris: Nr. 2 60 Ab. 4. Du. erh. — J. S.: Nr. 200 — a. G. Ab.
3. Du. erh. Bf. folgt. — R. S. Bn.: Nr. 33 — Ab. 4. Du.
Nr. 25 — f. d. freil. Kopenhagener u. Nr. 42 — pr. Bf. d. erh.
Bf. fort. — Nürnberg: Nr. 50 — f. d. franz. Wahlen v. d.
P.-Gen. als Zeichen der Solidarität der internationalen Arbeiter d. d.
erh. u. befragt. — Nr. 100 — direkt nach Kopenhagen geschickt, wer-
den Ihnen von dort quittirt. — Alkan: Nr. 72 60 Ab. 3. u. 4. Du.
erh. Ab. gerda. — Hensburg: Nr. 3 50 pr. Bf. d. erh. — Ham-
burg: Nr. 800 — 2. Rate f. d. franz. Wahlen d. d. erh. u. befragt.

Herb.: Nr. v. 26/9. erh. u. erledigt. — Rachen: Nr. 45 50 f. d. freil.
Kopenhagener d. d. erh. u. befragt, beagl. Nr. 20 — f. d. franz. Wahlen
v. d. P.-Gen. d. d. erh. — R. R. Bf.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. —
M. St. O'Brien: Nr. 2 — Ab. 4. Du. erh. — S. D. Paris: Nr. 5 —
Ab. 4. Du. D. u. R. erh. — S. Bf. Bern: Nr. 2 — Ab. 4. Du.
erh. — E. L. Seer: Nr. 205 Ab. 4. Du. u. Prgr. erh. Katalog liegt
bei 40. — E. P. Bf.: Nr. 3 10 Ab. 4. Du. u. Portov. erh. —
S. D. Bf.: Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. — A. F. Vienne le chateau:
Nr. 2 50 Ab. 4. Du. erh. — R. P. Sch. R.: Nr. 440 Ab. 4. Du.
60 Bf. pr. Kf. d. d. erh. Weitere 20 Bf. Bf. 27 bereits mitquittirt.

— E. D. D.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. Ers. fort. — Offenburg: Nr.
7 — pr. Bf. d. erh. — R. R. Bf.: Nr. 2 — Ab. 4. Du. erh.
Remittenden d. d. verwendet. Zu Gegenstand bereit. — Danton Bf.:
Nr. 6 — Ab. 4. Du. erh. — J. L. Sch. Ggn.: Nr. 6 25 Ab. bis Ende
85 pr. Sch. erh. — Mainz: Nr. 10 — f. d. franz. Sozialisten zur Wahl.
Nr. 10 — f. d. freil. Kopenhagener, Nr. 8 — pr. Bf. d. u. Nr. 440
Ab. 4. Du. v. d. dortigen Sozialisten d. d. erh. — Altmir. Dthjal: Nr.
110 f. Scht. erh. — Der Bekannte: Nr. 17 60 Ab. 4. Du. erh. —
Nr. 500: Nr. 9 — Ab. 4. Du. erh. Ab. eingereicht. — S. E. Bf. Bf.:
Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. — E. R. Bf.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. —
R. R. Bf.: Nr. 3 20 Ab. 4. Du. erh. — Winterthur: Nr. 48 — f. d.
freil. Kopenhagener v. d. Metallarbeitern d. d. erh. u. befragt. — G.
L. R.: Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. — D. P. Rg.: Nr. 440 Ab. 4.
Du. erh. — atoro: Nr. 6 — Ab. 3. u. 4. Du. erh. Probedir. folgen.

— Rother Volkländer: Befragt. — A. Lang. Chicago: Nr. 101 25 —
a. G. Ab. erh. — A. Höne R. Port: Nr. 253 15 a. G. Ab. 1. erh. —
P. R. Kreuze mit Ihrem Bf. C. muß Ihnen Einiges ablassen. Er
spränglich so disponirt. — R. J. M.: d. d. 510 Ab. 4. Du. erh. —
Hambacher Schloß: Nr. 9 — Ab. 4. Du. erh. und nach Vorchrift dis-
ponirt. — Jugbl.: Nr. 7 20 pr. J. J. a. G. Scht. erh. — Ein Rother:
Nr. 450 Ab. 4. Du. erh. — Weltbürger Genf: Nr. 4 — Ab. 4. Du. 85
u. 1. Du. 86 erh. Beilage befragt. — J. Sch. Ggn.: Nr. 430 Ab. 4.
Du. erh., nicht Nr. 440, wie angegeben! — W. Sch. L.: Nr. 440 Ab.
4. Du. erh. „Dem Wuthigen gehört die Welt“ und dem Postmarde
die Chance bei solcher Ab. — E. D. L.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh.
Ab. geordnet. — B. Sch. L.: Nr. 5 — Ab. 4. Du. u. Scht. erh.
„Sch. L.“ nur für diensthelfende Vertrauensleute. Wollen Sie
über Nr. 1 — verfügen u. f. s. „Dgg. u. Stie.“ beim Verfasser er-
fragen. Bf. folgt. — E. Rg. Be.: Nr. 3 50 Ab. 4. Du. u. Scht.
erh., Nr. 1 50 pr. Kf. d. d. verwendet. — E. S. G. a. R.: Nr. 880
Ab. 4. Du. erh. — J. Sch. Rg.: Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. Weiteres
befragt. — Kummelturke: Das Quartallist um! — W. hat von
Versprochenem „nicht die Bohne“ gefandt und reagirt auf 3 Anfragen
mit Stillschweigen. — Koricen: R. u. R. erh. erhalten. Bf. mehr. —
Felix II.: Regulierung des Kellers unerlässlich mit Rücksicht auf
Neubestellung. — S. Bf.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. — P. J. B.:
Nr. 9 — Ab. 4. Du. erh. Ab. geordnet. — G. L. Cognac: Nr. 8 75
Porto-Rachzahl u. Ab. 1. u. 2. Du. 86 erh. Weiteres nach Vorscrh. —
B. R. Opp.: Nr. 430 Ab. 4. Du. D. erh. Betr. Jfr. müssen junor
verrechnen. — R. R. Rg.: Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. Bf. d. d. d.
notizirt. — Gtbs.: Nr. 100 — a. G. Ab. 1. erh. — J. v. R. Bf.:
Nr. 430 Ab. 4. Du. erh. — Rönus: Bf. v. 25. am 30/9. beantw.
S., der ab Okt. wieder in Geschäftsverkehr zu treten wünscht,
hat Bescheid erh., daß zuvor der alte Schwindel bereinigt
sein muß. —

Im Verlage der Buchhandlung Dottingen-Büch ist erschienen:

Hest 5.

Vorwärts!

Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk.

In 6 Lieferungen à 50 Gt. — 40 Pfg.

Enthaltend die besten revolutionären Gedichte von Ferd. Freiligrath,
Herwegh, Heib, Heine, Hecker, der französischen Arbeiter-
Dichter und vieler Anderen.

Vollständige Gedicht-Sammlung sozialdemokratischer Tendenz.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei in Dottingen-Büch.